

Eingang bei FB 01
17. Juni 2015



Markus Mohr und Mara Müller – Postfach 50 03 21 – 52087 Aachen

Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp
-Rathaus-
52058 Aachen

AfD im Rat der Stadt Aachen

Markus Mohr und Mara Müller
AfD-Gruppe Aachen
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
52062 Aachen

15.06.2015

Gutachten „Aachen-Strategie-Wohnen – Aktualisierung und teilträumliche Ausdifferenzierung“ für alle Aachener Bezirke

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten um Beantwortung folgender Anfrage:

- 1.) Warum wurde die jüngste Aktualisierung des besagten Gutachtens nur in Richterich und nicht für alle anderen Stadtbezirke ebenfalls vorgestellt?
- 2.) Wie erklärt sich die große Diskrepanz im aktualisierten Quaestio-Gutachten zwischen der auf Seite 20 als Zensus-2011-Anzahl angegebenen Anzahl von 136.790 Haushalten in Aachen und der im Zensus 2011 tatsächlich für denselben Zeitraum ermittelten Anzahl von lediglich 127.396 Haushalten?

Mit freundlichen Grüßen

Mara Müller
für die Gruppe

Eingang bei FB 01
30. Juni 2015



Markus Mohr - Postfach 50 03 21 - 52087 Aachen

Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp
-Rathaus-
52058 Aachen

Markus Mohr

Mitglied im Rat der Stadt Aachen
Stv. Sprecher Kreisverband Aachen

Zeppelinstraße 67
52068 Aachen

T: 0241 435233-0
mohr@afd.ac
www.markus-mohr.info

Per E-Post an: oberbuergemeister@mail.aachen.de

29.06.2015

Anfrage zur Finanzierung von U3-Betreuungsplätzen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Stadt Aachen hat bis 2017 eine Zielversorgungsquote in der U3-Kinderbetreuung von über 50% Prozent anvisiert. Die Ausbaumaßnahmen werden finanziell vom Bund, Land und der Kommune gestemmt. In einem Rundschreiben teilte der Landschaftsverband Rheinland (LVR) mit, dass ein neues Investitionsförderprogramm von Seiten des Bundes aufgelegt wird. Über dieses Förderprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2015-2018“ werden weitere Bundesmittel für den investiven U 3 Ausbau für Neubau, Aus- und Umbaumaßnahmen sowie Ausstattungsmaßnahmen bereitgestellt. Ich bitte um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie schlüsselt sich die Finanzierung beim geplanten Ausbau der U3-Betreuung in Aachen nach den jeweiligen Anteilen Bund, Land und Kommune für die nächsten Jahre auf?
2. Wie hoch sind die laufenden Gesamtkosten aller städtischen Kitas für das Jahr 2014 (aufgeschlüsselt nach Personal- und Sachkosten)?
3. Wie hoch ist der von der Stadt Aachen zu tragenden Anteil an den unter Punkt 2 erfragten Kosten, nach Abzug der Mittelzuflüsse von Dritten (z.B. Bundes- bzw. Landesmittel, Elternbeiträge etc.)?
4. Welche laufenden Gesamtkosten und welche Mittelzuflüsse von Dritten erwartet die Verwaltung für städtische Kitas im Jahr 2015?
5. Mit welchem Betrag belastet ein U3-Kitaplatz den städtischen Haushalt durchschnittlich pro Monat?

Mit freundlichen Grüßen


Markus Mohr

Eingang bei FB 01
3 0. Juni 2015



Markus Mohr – Postfach 50 03 21 – 52087 Aachen

Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp
-Rathaus-
52058 Aachen

Markus Mohr

Mitglied im Rat der Stadt Aachen
Stv. Sprecher Kreisverband Aachen

Zeppelinstraße 67
52068 Aachen

T: 0241 435233-0
mohr@afd.ac
www.markus-mohr.info

Per E-Post an: oberbuergemeister@mail.aachen.de

29.06.2015

Anfrage: Sicherheit der IT-Infrastruktur / Wirtschaftsspionage

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

das IT-Netzwerk des Deutschen Bundestages wurde kürzlich Objekt eines erfolgreichen Hackerangriffs. 15 PCs wurden infiziert, Daten wurden abgezogen, insbesondere Emails, Adressbücher und Terminkalender von Abgeordneten und ihren Mitarbeitern. Ob die IT des Parlaments von der Schadsoftware vollständig befreit werden kann, ist nach jetzigem Stand ungewiss. Es wird sogar erwogen, die IT-Infrastruktur komplett auszutauschen. In Aachen sorgt die teils kommunale Tochter der Stadt Aachen, regio IT für den Betrieb der Rechenzentren und betreut die gesamte IT-Infrastruktur mit Datenbank- und Server-Systemen.

Ich bitte um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wieviel Angriffe auf die IT-Infrastruktur der Stadtverwaltung bzw. kommunaler Tochterunternehmen wurden im Jahr 2014 und dieses Jahr registriert? Wurden bei etwaigen Angriffen Daten erbeutet, wenn ja welche?
2. Gibt es ein Szenario, welches nach einem erfolgten und destruktiv gerichteten Hackerangriff gegenüber den IT-Systemen der Verwaltung im schlimmsten Fall auslösen könnte?
3. Wie bewertet die Verwaltung ihre aktuelle finanzielle, personelle und sachliche Ausstattung zum Schutz ihrer IT-Infrastruktur?
4. Welche Anhaltspunkte liegen der Verwaltung vor, dass Aachener Unternehmen oder Forschungseinrichtungen in den letzten Jahren Opfer von Spionageangriffen wurden? Wie viele Fälle sind bekannt und wie hoch wird der Schaden geschätzt?



Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Markus Mohr', is written over a solid horizontal line. The signature is stylized and cursive.

Markus Mohr

Eingang bei FB 01
30. Juni 2015

Markus Mohr – Postfach 50 03 21 – 52087 Aachen

Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp
-Rathaus-
52058 Aachen

Per E-Post an: oberbuergemeister@mail.aachen.de



Markus Mohr

Mitglied im Rat der Stadt Aachen
Stv. Sprecher Kreisverband Aachen

Zeppelinstraße 67
52068 Aachen

T: 0241 435233-0
mohr@afd.ac
www.markus-mohr.info

29.06.2015

Anfrage: Straßenbeleuchtungskonzept

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die STAWAG Aachen betreibt seit 1997 die Straßenbeleuchtung und ist für rund 23.000 Lichtpunkte in Aachen zuständig. Die Straßenbeleuchtung verursacht 40 Prozent des kommunalen Stromverbrauchs. Die technische Revolution hat zu vielen Innovationen bei Leuchtmitteln in den letzten Jahren geführt. Die Einsparpotentiale bei der Straßenbeleuchtung in Deutschland betragen nach Schätzungen des Zentralverbandes der Elektrotechnik und Elektronikindustrie bis zu 400 Millionen Euro pro Jahr.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung kommt in einer im Jahre 2013 veröffentlichten Studie zu dem Ergebnis, dass sich durch den Umstieg auf moderne Licht-emittierende Dioden (LEDs) in allen kommunalen Anwendungsbereichen eine Energieeinsparung von mindestens 50 Prozent realisieren ließe. Die Umrüstung der Beleuchtungsanlagen auf LED erfordere keine zusätzlichen Investitionen in die Infrastruktur und bei der Umstellung auf die neue Technologie könnte kosteneffizient und modular auf die vorhandene Bausubstanz aufgesetzt werden. Mit der LED werde die Qualität der Beleuchtung signifikant verbessert.

Zudem dürfen ab April 2015 Quecksilberdampfhochdrucklampen, die teilweise auch in der Straßenbeleuchtung eingesetzt werden, nicht mehr in den Verkehr gebracht werden. Das dekretiert die Verordnung 245/2009 der EU. Derzeit bereitet die EU auch ein Verbot von Leuchtstofflampen vor.

Ich bitte um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hoch ist der Anteil an Glühlampen (Halogenglühlampen), Quecksilberdampfhochdrucklampen, Leuchtstofflampen, Kompaktleuchtstofflampen, Halogenmetaldampflampen, Natriumdampfhochdrucklampen, LEDs und sonstiger Leuchtmittel in der Straßenbeleuchtung (absolut und relativ)?
2. Wie viel würde eine Umstellung auf LED-Lampen in der gesamten Straßenbeleuchtung kosten?
3. Wie schätzt die Verwaltung das Einsparpotential, in Relation zum Investitionsbedarf, ein das durch eine Umrüstung auf LED-Technik in der Straßenbeleuchtung erzielt werden kann?
4. Welche Beispiele sind der Verwaltung bekannt, bei der nach der Umrüstung auf LED-Straßenbeleuchtung Einsparungen erzielt werden konnten?
5. Welchen Handlungsbedarf sieht die Verwaltung im Straßenbeleuchtungskonzept?

Mit freundlichen Grüßen



Markus Mohr

Eingang bei FB 01
30. Juni 2015



Markus Mohr – Postfach 50 03 21 – 52087 Aachen

Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp
-Rathaus-
52058 Aachen

Markus Mohr

Mitglied im Rat der Stadt Aachen
Stv. Sprecher Kreisverband Aachen

Zeppelinstraße 67
52068 Aachen

T: 0241 435233-0
mohr@afd.ac
www.markus-mohr.info

Per E-Post an: oberbuergemeister@mail.aachen.de

29.06.2015

Anfrage: Toner-Feinstaubbelastung in der Verwaltung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der feine Tonerstaub aus Laserdruckern gilt als gefährlich. Bei Laserdruckern können durch den Tonerstaub Nano-Partikel in die Luft gelangen. Sie werden eingeatmet und stehen in Verdacht, Gesundheitsschäden auszulösen: Reizung der Schleimhäute, Atembeschwerden und langfristig ernste Lungenschäden. Darüber hinaus stehen sie im Verdacht, Krebs erregend zu sein.

Das Umweltbundesamt rät dazu, dass sich in Räumen, wo viel gedruckt wird, keine Menschen über einen längeren Zeitraum aufhalten sollen. Die Deutsche Krebshilfe empfiehlt, dass bei der Ursachenforschung von Krebs die Rolle von Tonerstaub verstärkt zu untersuchen sei. Fachleute raten zu besonderer Vorsicht beim Umgang Laserdruckern, solange eine Gesundheitsgefahr nicht ausgeschlossen werden kann. Dazu gehören zum Beispiel eine gute Belüftung der Räume, die Vermeidung von Hautkontakt mit Toner und nach Möglichkeit separate Arbeitsplätze und Räume, in denen die Drucker stehen.

Die Stiftung „nano-Control“ betreut überdies mehrere Tausend Geschädigte durch Toner-Feinstaub und kämpft für das Recht der Menschen auf gesunde Raumluff. Sie rät dazu, dass Gesundheits- und Arbeitsschutz an erster Stelle stehen sollten.

Ich bitte um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Was leistet die Verwaltung, um Mitarbeitern ein gesundes Raumklima zu ermöglichen und sie vor Toner-Feinstaubbelastungen zu schützen?

2. Mit welchen Druckern (Tintenstrahldrucker, Laserdrucker, LED-Drucker, LCD/LCS-Drucker, Geldrunder) arbeitet die Verwaltung (Auflistung absolut und prozentual)?
3. Wie viele Arbeitsplätze gibt es in der Verwaltung, wo ein Laserdrucker direkt im Arbeitsraum steht?
4. Wieviele Seiten wurden in der Verwaltung schätzungsweise im Jahr 2014 mit Laserdruckern gedruckt und wie hoch sind die kalkulierten durchschnittlichen Tonerkosten der Verwaltung je tausend Seiten?
5. Bietet die Verwaltung den Mitarbeitern, die aus Sorge um ihre Gesundheit keinen Laserdrucker nutzen möchten, alternative und nicht so schädliche Tintenstrahl- oder Geldrunder an?

Mit freundlichen Grüßen



Markus Mohr



Eingang bei FB 01
25. Juni 2015

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS - AACHEN
DIE FRAKTION IM RAT DER STADT



Ratsfrau Rosa Höller-Radtke

An den
Oberbürgermeister
Herrn Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

22. Juni 2015 Az: Af 7/15

RATSANFRAGE

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit dem potenziellen Investor, der Krefelder Inoges AG, scheint für das Burtscheider Schwertbad nun ein Partner in Sicht, der eine Perspektive für einen Neuanfang als Reha-Klinik und die notwendigen Investitionen verspricht. In greifbare Weite zu rücken scheint somit endlich auch eine Lösung für den lange schwelenden Konflikt hinsichtlich der Entlohnung der unterschiedlichen Gruppen von Beschäftigten. Hier wird sich in Kürze zeigen, ob die Erwartungen der MitarbeiterInnen erfüllt werden können.

Für den Stadtteil Burtscheid ist die Aussicht einer erwarteten Investition in Höhe von ca. 35 Mio. Euro sicherlich ein erfreuliches Signal für eine gute Zukunft. Allerdings sind, meines Erachtens, im Interesse des Quartiers auch eine Reihe von Rahmenbedingungen zu berücksichtigen:

- Die weitere Nutzung der Thermalquellen auch als öffentlich zugängliches Bad
- Der Erhalt des „Haus des Gastes“ am Burtscheider Markt nicht nur für die Kurgäste sondern auch für die Burtscheider BürgerInnen und ihre Gäste
- Die Beseitigung der Baulücke hinter dem jetzigen Schwertbad in der Benediktinerstraße
- Der Erhalt des Ferberparks als freie Wiesenfläche an der vom Verkehr sehr belasteten Viehhofstraße

FRAKTIONSVORSITZENDER
Michael Servos

Ihre Ansprechpartnerin:
Daniela Lucke
Fraktionsgeschäftsführerin
Telefon: 0241 · 432 72 15
E-Mail:
daniela.lucke@mail.aachen.de

Geschäftszeiten:
Montag bis Donnerstag:
08:30 bis 17:00 Uhr
Freitag: 08:30 bis 14:00 Uhr

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Str. 1
52062 Aachen

Telefon 0241 · 432 72 15
Fax 0241 · 499 44

E-Mail:
spd.fraktion@mail.aachen.de
Internet:
www.spd-aachen.de

Bankverbindung:
IBAN:
DE3639050000000199562
BIC:
AACSDE33



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS · AACHEN
DIE FRAKTION IM RAT DER STADT

- Die Entwicklung eines Konzepts zur weiteren Nutzung des jetzigen Schwertbades und der Häuser am Adlerberg und am Burtscheider Markt gerade auch im Segment des bezahlbare Wohnraums, d.h. für Familien und für Menschen mit Behinderung bzw. älteren in ihrer Mobilität eingeschränkten Menschen und damit *nicht* ausschließlich im Segment von Luxus-Eigentumswohnungen

Ich bitte um schriftliche Beantwortung, ob und wieweit die Stadtverwaltung beabsichtigt, diese Eckpunkte im Rahmen des weiteren Prozesses und in Gesprächen gegenüber Dritten zu beachten bzw. umzusetzen.

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen



Rosa Höller-Radtke
Ratsfrau

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen



Aachen, 9. Juli 2015

Ratsanfrage: Beschäftigung von Menschen mit Handicap in der Verwaltung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

seit 2009 gilt in Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention. Sie garantiert Menschen mit Behinderungen das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Um dieses selbstbestimmte Leben führen zu können, wird im Artikel 27, Arbeit und Beschäftigung, festgehalten:

„Die Vertragsstaaten sichern und fördern die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit, einschließlich für Menschen, die während der Beschäftigung eine Behinderung erwerben, durch geeignete Schritte, einschließlich des Erlasses von Rechtsvorschriften, um unter anderem Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Sektor zu beschäftigen.“

In diesem Zusammenhang bitten wir um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele schwerbehinderte Beschäftigte – aufgeteilt nach körperlichen und psychischen Handicaps – arbeiten bei der Stadt Aachen und wie hoch ist die Beschäftigtenquote?
2. Wurden von der Stadt gezielt schwerbehinderte Menschen eingestellt und falls ja, in welchem Umfang? Bitte auch hier und in den nachfolgenden Fragen aufgeteilt nach körperlichen und psychischen Handicaps.
3. Gibt es einen eigenen Mitarbeiterpool für Beschäftigte, die sich eine Schwerbehinderung im Laufe ihrer Tätigkeit erworben haben? Falls ja, sind dort auch die städtischen Eigenbetriebe und Beteiligungsunternehmen einbezogen?
4. Welche unterstützenden Angebote gibt es seitens der Stadt als Arbeitgeber für Menschen mit Behinderung und wie ist die Infrastruktur innerhalb der Verwaltung?

Mit freundlichen Grüßen

g. Deumens

Leo Deumens

E. Begolli

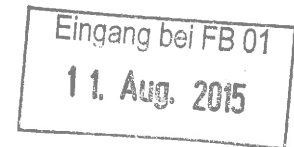
Ellen Begolli

Georg Biesing

Georg Biesing

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen



Aachen, 11. August 2015

Ratsanfrage: Telearbeitsplätze bei der Stadt Aachen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Telearbeitsplätze gibt es bei der Stadt Aachen und nach welchen Kriterien wird das Personal ausgewählt?
2. Wie viele davon sind ausschließlich Teleheimarbeitsplätze, wie viele alternierende Telearbeitsplätze?
3. Für welche Fachbereiche sind die Beschäftigten tätig, wer stellt die Ausstattung und werden Entschädigungen für die Nutzung eigener Einrichtungen wie PC und Schreibtisch gezahlt?
4. Wie wird sichergestellt, dass der Arbeitsschutz (z.B. Betriebssicherheits- und Bildschirmarbeitsverordnung) gewährleistet ist und inwieweit werden die Belange von Schwerbehinderten berücksichtigt?
5. Gibt es Vereinbarungen über Kernarbeitszeiten und Erreichbarkeit zur Kommunikation mit Vorgesetzten oder Kolleginnen und Kollegen?

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "L. Deumens".

Leo Deumens

A handwritten signature in black ink, appearing to read "E. Begolli".

Ellen Begolli

Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp
-Rathaus-
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
27. Juli 2015

Mara Müller
Ratsfrau

AFD-Gruppe Aachen
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
52062 Aachen

27.07.2015


Aktueller Stand: Bremer Gesundheitskarte in Aachen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Im Hinblick auf die derzeitigen Verhandlungen im Bundestag zur Verabschiedung einer Richtlinie zur Einführung der Gesundheitskarte nach dem „Bremer Modell“ bitte ich um Beantwortung der nachfolgenden Fragen:

1. Nach Auskunft des Städtetages NRW können die Regelungen in Bremen und Hamburg nicht ohne Weiteres auf Nordrhein-Westfalen übertragen werden. Liegen der Verwaltung im Vergleich zu den eigenen Schätzungen in der Vorlage vom April 2015 aktualisierte Schätzungen zur Kostenlage einer möglichen Einführung vor?
2. Wie viele Anträge auf ärztliche Behandlung sind 2014 und 2015 vom zuständigen Fachbereich abgelehnt worden? Welche Begründungen für eine Ablehnung wurden dokumentiert?
3. Wie viele der in Aachen lebenden Flüchtlinge und Asylbewerber nehmen/nahmen 2014 und 2015 eine medizinische Versorgung in Anspruch?
4. Müsste der Personalbedarf bei Einführung des „Bremer Modells“ erhöht werden (u.a. um die nötigen Ab- und Anmeldungen bei den Krankenkassen bzw. die Ausgabe und Einziehung der Gesundheitskarten zu gewährleisten)?
5. Wie hoch ist derzeit die Anzahl der Asylbewerber/Flüchtlinge, auf die das „Bremer Modell“ unter Zugrundelegung der geänderten Rechtslage im Asylbewerberleistungsgesetz zum 01.03.2015, Anwendung finden würde?

Mit freundlichen Grüßen



Mara Müller

Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp
-Rathaus-
52058 Aachen

Eingang bei FB 01
28. Juli 2015

Mara Müller
Ratsfrau

AfD-Gruppe Aachen
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
52062 Aachen

28.07.2015

Belastungen der Stadt Aachen durch den Rundfunkbeitrag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

seit 2013 wird der so genannte „Rundfunkbeitrag“ erhoben. Neben Privathaushalten sind gemäß Rundfunkbeitragsstaatsvertrag auch Institutionen zur Zahlung verpflichtet. Hieraus ergeben sich folgende Fragen:

1. In welcher Höhe wurden Rundfunkbeiträge durch Einrichtungen, Behörden, Eigenbetriebe und andere mit der Stadt Aachen unmittelbar verbundene Institutionen in den Jahren 2013 und 2014 abgeführt?
2. Welcher Anteil davon entfiel jeweils auf Schulen, Eigenbetriebe, soziale Einrichtungen, Behörden, usw.?
3. Welche Möglichkeiten der Befreiung von der Beitragspflicht bestehen für diese Einrichtungen, werden diese ausgeschöpft und wie gestaltet sich in diesem Zusammenhang die Kooperation mit dem ARD-ZDF-Deutschlandradio-Beitragsservice?
4. Wird die Beitragszahlung von der Stadt Aachen für vorgenannte Institutionen zentral oder dezentral vorgenommen?
5. In welcher Höhe mussten durch die Stadt Aachen und Ihre Einrichtungen und Eigenbetriebe bis 2013 Rundfunkgebühren entrichtet werden? Bitte führen Sie die letzten fünf Jahre vor Einführung des Rundfunkbeitrages auf.

Mit freundlichen Grüßen



Mara Müller

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS · AACHEN
DIE FRAKTION IM RAT DER STADT

Ratsherr Michael Servos

An den
Oberbürgermeister
Herrn Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

11. Aug. 2015

11. August 2015 / Af. 8/15

RATSANFRAGE

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

ich bitte um Beantwortung folgender Fragen zu verschiedenen Themenkomplexen im Zusammenhang mit der Entwicklung und Fertigstellung des Baugebiets „Alter Tivoli“ - unter anderem Straßenerschließung, Grünflächen, Spielplätze, Regelung des Lieferverkehrs, Parkraum für das Hotel und geplante Bebauung des „Würselener Walls“:

Straßenerschließung, Grünflächen und Spielplätze

1. Für wann ist der Endausbau der Erschließungsstraßen und die Fertigstellung der Grünflächen und Spielplätze geplant und welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, die Arbeiten an den Grünflächen und Spielplätzen vorzuziehen und schneller als geplant abzuschließen?

Schleichverkehre für gewerbliche Anlieferungen bzw. von Supermarktkunden

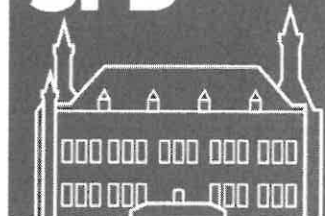
Wie Rückmeldungen der AnwohnerInnen zeigen, wird das Wohngebiet für Schleichverkehre zur gewerblichen Anlieferung bzw. als Abkürzungsstrecke von Kunden des Supermarkts genutzt – trotz Einrichtung von Pollern bzw. Barrieren.

2. Welche Maßnahmen schlägt die Verwaltung vor, um diese Schleichverkehre zu den Einzelhändlern zu verhindern?

Gefahrlose fußläufige Erreichbarkeit der Kita

3. Wie schätzt die Verwaltung das Gefährdungspotenzial der als Parkplatz genutzten Fläche neben der Fischhandlung für Kinder der Kita „Tivolino“ ein und welche Möglichkeiten der Einflussnahme sieht die Verwaltung, um den Weg zur Kita für Kinder sicherer zu machen?

DIE FRAKTION
SPD



FRAKTIONSVORSITZENDER
Michael Servos

Ihre Ansprechpartnerin:
Daniela Lucke
Fraktionsgeschäftsführerin
Telefon: 0241 · 432 72 15
E-Mail:
daniela.lucke@mail.aachen.de

Geschäftszeiten:
Montag bis Donnerstag:
08:30 bis 17:00 Uhr
Freitag: 08:30 bis 14:00 Uhr

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Str. 1
52062 Aachen

Telefon 0241 · 432 72 15
Fax 0241 · 499 44

E-Mail:
spd.fraktion@mail.aachen.de
Internet:
www.spd-aachen.de

Bankverbindung:
IBAN:
DE36390500000000199562
BIC:
AACSD33

Verkehrliche Erschließung der Hoteltiefgarage

4. Welche Gründe waren ausschlaggebend dafür, dass die Erschließung der Tiefgarage vom Wohngebiet her und nicht über die Merowingerstraße erfolgt und welche Informationen hat die Verwaltung über den Umfang der durch das Hotel ausgelösten zusätzlichen Verkehre sowie in welchem Verhältnis stehen Hotelzimmerzahl und die Zahl der für Gäste nachzuweisenden Parkplätze?

Ausgleichsflächenberechnung und Gründungsarbeiten am „Würselener Wall“

5. Inwieweit ist durch eine nachträgliche Steigerung der Zahl der Wohneinheiten im Baugebiet gegenüber der ursprünglich geplanten Zahl der Wohneinheiten eine Anpassung der Ausgleichsflächen erforderlich geworden und welche Maßnahmen zum Schutz der unmittelbar angrenzenden Anwohner sind während der Gründungsarbeiten der geplanten Bebauung des „Würselener Walls“ vorgesehen?

Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Servos
Ratsherr